

Für ein weltoffenes und tolerantes Land

In einem gemeinsamen Aufruf „Für ein weltoffenes und tolerantes Land“ erklärten Verbände und Organisationen des Gesundheitswesens – die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Bundesärztekammer, die Bundespsychotherapeutenkammer, der Hebammenverband, der Deutsche Pflegerat, der Marburger Bund und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di: „Fachkräfte aus dem Ausland sind unverzichtbar für eine flächendeckende Krankenhausversorgung. Auch deshalb muss Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land bleiben.“

Weiter heißt es in der Erklärung:

Rund 15 % aller Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachpersonen in Deutschland haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Jedes Krankenhaus beschäftigt ausländische Fachkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Berufsgruppen, Pflegeheime ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären undenkbar. Hinzu kommen ungezählte Kolleginnen und Kollegen mit Migrationsgeschichte. Die Zahlen untermauern ein weiteres Mal: Unser Gesundheitssystem prägen Internationalität und kulturelle Vielfalt. Die aktuelle Studie „Internationale Talente“ des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) belegt die Bedeutung dieser aus der ganzen Welt kommenden Kolleginnen und Kollegen für unser Gesundheitssystem – ohne sie wäre die Versorgung, wie sie uns heute in Deutschland zur Verfügung steht, nicht machbar.

Gerade in den ländlichen Regionen ist der Anteil zugewanderter Ärztinnen, Ärzte, Pflegefachpersonen, Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Hebammen und weiterer Gesundheitsfachkräfte besonders hoch. Sie sichern zusammen mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen die Gesundheitsversorgung in der Fläche und sorgen dafür, dass Patientinnen, Patienten und Pflegbedürftige rund um die Uhr und wohnortnah professionelle Hilfe und Unterstützung erfahren. In vielen Teilen Deutschlands wäre die Versorgung ohne diese Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland akut gefährdet. Stationen in Kliniken müssten geschlossen und lange Wartelisten geführt werden. Pflegebedürftige könnten nicht mehr

versorgt und zahlreiche Arztpraxen müssten geschlossen werden.

Die Studie des DKI zeigt auch, dass eine offene Kultur, in der sich ausländische Mitarbeitende wertgeschätzt und willkommen fühlen, Grundvoraussetzung für gelungene Integration ist. Die Verbände und Organisationen aus dem Gesundheitswesen sehen es als ihre Aufgabe, gemeinsam mit den in der Politik verantwortlich Handelnden diese offene Kultur zu erhalten und auszubauen.

Wir alle aus dem Gesundheitswesen wissen aus unserer täglichen Praxis: Das Zusammenwirken von Menschen aus verschiedenen Nationen und Kulturen, der Austausch von Ideen, Wissen und individuellen Erfahrungen, bereichern die Arbeit der Beschäftigten in unserem Gesundheitswesen und sichern maßgeblich die qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung in unserem Land.

Natürlich ist die Integration von Menschen aus dem Ausland für beide Seiten auch kulturell und sprachlich herausfordernd. Aber dieses Engagement lohnt sich.

Wir sehen mit großer Sorge, dass derzeit mit Schlagworten wie „Remigration“ und „Massenabschiebungen“ unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zutiefst verunsichert werden und nicht wenige von ihnen bereits darüber nachdenken, in einem anderen Land in Europa zu heilen, zu helfen und zu pflegen. Für die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Deutschland würde das zu unverantwortbaren Verwerfungen in der Behandlung und Betreuung der Menschen führen.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind für ein menschliches, diskriminierungsfreies Gesundheitswesen essenziell. Menschen mit Migrationshintergrund sind und bleiben selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Das ist aktuell so, dafür wollen wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen demokratischen Kräften einsetzen. In einer Demokratie tragen wir alle gemeinsam auch als Wählerinnen und Wähler Verantwortung, dass Deutschland ein tolerantes und weltoffenes Land bleibt. ■

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit verzichten wir darauf, ausdrücklich geschlechterspezifische Personenbezeichnungen zu differenzieren. Die gewählte Form schließt grundsätzlich alle Geschlechter gleichberechtigt ein. Daher bitten wir Sie, die „klassische“ Schreibweise in unserer Zeitschrift eine Entscheidung im Sinne einer besseren Lesbarkeit und klareren Information zu sehen.